

ARBEITSPAPIER

DIE FLEXIBILISIERUNG DER NATO: KONZEPT UND PERSPEKTIVEN

Karl-Heinz Kamp

Sankt Augustin, August 1996

Inhalt

1. Einleitung: Die Notwendigkeit einer <i>Coalition of the Willing</i>	1
2. Neue sicherheitspolitische Erfordernisse und der Artikel 5 des NATO-Vertrages	2
3. Das Konzept der <i>Combined Joint Task Forces</i>	7
4. Probleme und Perspektiven	11
Der Autor	18

1. Einleitung: Die Notwendigkeit einer *Coalition of the Willing*

Mit seinen Beschlüssen auf der NATO-Ministertagung in Berlin im Juni 1996 hat das Bündnis nach eigener Aussage "einen bedeutenden Schritt vorwärts getan, um der neuen NATO Gestalt zu geben".¹ Wenn auch der Begriff der *Weichenstellung* in der politischen Kommuniquésprache nicht selten überstrapaziert wird, so hat er doch mit Blick auf die in Berlin getroffenen Vereinbarungen eine gewisse Berechtigung. Herzstück der NATO-Beschlüsse ist die grundsätzliche Einigung auf das Konzept der *Combined Joint Task Forces* (CJTF). Sie betreffen die militärischen Organisationsstrukturen der Allianz, die in der Vergangenheit den Kern des sicherheitspolitischen Erfolges der NATO bildeten. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges war es gerade die militärische Integration des Bündnisses, die mit ihren gemeinsamen Kommandostrukturen, Interoperabilitäten und multinationalen Stationierungen der gegenseitigen Beistandsverpflichtung Inhalt und Glaubwürdigkeit verlieh.

Die neuen sicherheitspolitischen Realitäten und Erfordernisse machen eine größere Flexibilität militärischen Handelns notwendig, um auf partielle oder regionale Gefährdungen mit einer *Coalition of the Willing* reagieren zu können. Von einer Krise betroffene NATO-Partner müssen in die Lage versetzt werden, eventuell im Zusammenwirken mit nicht-NATO-Staaten, auch außerhalb des Bündnisgebietes militärisch zu handeln und dabei sowohl auf *NATO-Assets* (Luftverteidigungskapazitäten, Kommunikationsnetze, Öl-Pipelines, AWACS-Aufklärungssysteme) als auch auf die unverzichtbaren Militärkapazitäten der USA (Lufttransport, Satellitenaufklärung) zurückgreifen zu können. Mit dem beschlossenen CJTF-Konzept soll ebendiese Flexibilisierung der Allianz erreicht werden. Bis zum Ende des Jahres 1996 soll die grundlegende Übereinkunft der Allianz in konkrete militärische Maßnahmen umgesetzt werden, um so eine CJTF-Kommandostruktur zu schaffen, die ein rasches Eingreifen in Krisen an der Peripherie des Bündnisses ermöglicht. Diese Konkretisierung der NATO Strukturreform dürfte sich als schwierig und spannungsgeladen erweisen, geht es doch hierbei keinesfalls nur um Probleme der militärischen Effizienz, sondern in weit stärkerem Maß um Fragen von allianzinternem Status und politischem Einfluß. Desweiteren stellt sich die Frage nach den weiteren Implikationen der Flexibilisierung des sicherheitspolitischen Handlungsspektrums der NATO. Welche Vorstellungen verbinden sich mit den Combined Joint Task Forces und welche künftigen Entwicklungsmöglichkeiten sind in diesem Konzept angelegt?

2. Neue sicherheitspolitische Erfordernisse und der Artikel 5 des NATO-Vertrages

¹ Vgl. das Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates am 3. 6. 1996 in Berlin, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 47, 12.6.1996, S. 505.

Mit dem Ende der Sowjetunion hat die NATO nicht nur die externe Bedrohung eingebüßt, sondern auch den externen Förderator, der gemeinsames Handeln innerhalb der Allianz auch über den Aspekt der reinen Selbstverteidigung hinaus zwingend erforderlich machte. Der globale politische Systemkonflikt erzeugte auf seiten der NATO-Partner ein Maß der Interessenidentität, welches bestehende Streitigkeiten innerhalb der Allianz überdeckte. Entscheidend war dabei, daß diese Interessenidentität auch die geographische Trennung der europäischen Allianzmitglieder von dem stärksten Bündnispartner USA zu überwinden vermochte. Das amerikanische Eigeninteresse an einem funktionsfähigen Bündnis und dem gleichzeitigen Wunsch nach bestimmendem Einfluß in dieser Organisation war die Basis für die Bereitschaft der USA, Führungswillen und -fähigkeit immer wieder zu demonstrieren. Mit dieser Führungsrolle kam den Vereinigten Staaten die Funktion eines internen Förderators zu, die wiederum dazu beitrug, daß NATO-interne Konflikte zugunsten der gemeinsamen Handlungsfähigkeit zurückgestellt wurden.

Zwar wird es auch in Zukunft das Bestreben der USA sein, eine derartige Führungsrolle einzunehmen, allerdings zu anderen Bedingungen und mit einem verringerten Aufwand. Hierzu gehört die stärkere Hinwendung zu innenpolitischen Bedürfnissen ebenso wie eine Umschichtung der Prioritäten von den sicherheitspolitischen Belangen hin zu den ökonomischen Erfordernissen der Vereinigten Staaten.² Bereits im Mai 1993 hatte der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Peter Tarnoff, darauf hingewiesen, daß die USA ihr globales Engagement künftig stärker von seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten abhängig machen und die Verbündeten zu einer größeren Beteiligung heranziehen würden. Wenn diese Aussage auch umgehend dementiert wurde, so hatte Tarnoff nach Ansicht der Mehrzahl der Beobachter doch nur Offensichtliches ausgesprochen.³

Solch fundamentale Veränderungen, wie der Verlust des Aggressors und das Bröckeln des transatlantischen "Kitts" werfen die Frage nach dem Kern der Allianz auf, der gegenseitigen Beistandsverpflichtung. Die Glaubwürdigkeit der NATO-Beistandsgarantie gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages⁴ ergab sich in der Vergangenheit letztlich aus dem Umstand, daß die

² So der ehemalige Undersecretary of Commerce, Jeffrey Garten, in einem Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies, London, im Juli 1995: "The days we will subordinate our economic interests to political and security alliances - unless we are directly threatened militarily - are over". Zit. nach Philip H. Gordon, *Recasting the Atlantic Alliance*, in: *Survival*, Spring 1996, S. 35.

³ Vgl. Leo Wieland, *Führungsmacht mit beschränkter Führungskraft*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.6.1993.

⁴ Der entsprechende Passus im Nordatlantikvertrag lautet: "Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in

sowjetische Bedrohung allianzweiten Charakter hatte und damit die vitalen Interessen aller NATO-Staaten berührte. Unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes war es nicht vorstellbar, daß eine sowjetische Aggression gegen die NATO in ihrem Charakter oder ihrem geographischem Umfang hätte begrenzt werden können. Mithin wären über kurz oder lang alle NATO-Partner von einem Angriff gegen Teile der Allianz bedroht gewesen, woraus sich wiederum das Motiv für alle Bündnispartner ergab, den Opfern einer Aggression unmittelbar beizustehen.⁵ Verstärkt wurde diese Tendenz zum kollektivem Beistand durch die militärische Organisationsstruktur der NATO während des Kalten Krieges (das sogenannte Schichttorten-Konzept, in dem die Streitkräfte möglichst vieler NATO-Partner nebeneinander entlang der innerdeutschen Grenze stationiert waren), welches die Möglichkeit eines *Opting Out* faktisch verhinderte. Diese Rahmenbedingungen sind heute nicht mehr zwingend gegeben. Es sind regionale Konflikte vorstellbar, in denen einzelne NATO-Staaten direkt involviert sind, die aber aufgrund ihres begrenzten Charakters andere Bündnispartner in keiner Weise unmittelbar betreffen. Heute ist die NATO Beistandsklausel wieder eher eine traditionelle vertragliche Verpflichtung, der keine zwingenden Automatismen zugrunde liegen.⁶

Auch hat sich der inhaltliche Charakter des Artikel 5 völlig geändert. War während des Kalten Krieges das Szenario eines Angriffs des Warschauer Paktes mit kurzer Vorbereitungszeit der zu erwartende Auslöser der Beistandsverpflichtung, so ist derzeit ein umfassender Angriff auf die NATO nur nach einer langjährigen Rekonstitutionsphase vorstellbar. Während dieses Aufrüstungsprozesses müßte sich der Aggressor der Verletzung oder des Bruchs einer Reihe von völkerrechtlichen Abkommen und Verträgen schuldig machen. Es wären folglich lange vor dem Ausbruch militärischer Feindseligkeiten für die NATO nicht nur klare Indikatoren sondern auch Einwirkungsmöglichkeiten und Chancen zur Entwicklung von Gegenmaßnahmen gegeben. Somit wäre Artikel 5 weit diffuser als in der Vergangenheit, ließe sich doch die Schwelle, an der er in Kraft tritt, weit schwieriger erkennen. Für die Bundesrepublik hat sich die Beistandsproblematik noch in einer weiteren Hinsicht geändert. Während bis zum Mauerfall der Artikel 5 primär als

Ausübung des in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten."

⁵ Es hat immer wieder Überlegungen gegeben, ob es der Sowjetunion gelingen könnte, dieses Solidaritätsprinzip zu durchbrechen. Gerade Europäer haben häufig gemutmaßt, daß die Sowjetunion versuchen würde, mit den USA ein Arrangement auszuhandeln, im Konfliktfall die militärischen Auseinandersetzungen auf das Territorium der europäischen Verbündeten zu beschränken.

⁶ Vgl. Uwe Nerlich, Überlegungen zur Neuordnung der euro-amerikanischen Verteidigung im Rahmen der NATO: Voraussetzungen und Optionen, SWP, Ebenhausen 1994, S. 9.

Landesverteidigung verstanden wurde, wird er in künftigen Krisenszenarien das Engagement Deutschlands in Konflikten an der Peripherie des NATO-Gebietes bedeuten.

Damit stellt sich die Frage, ob, in einem solchen Szenario einer regional begrenzten Krise ohne die Bedrohung der vitalen Interessen der gesamten NATO, alle Allianzmitglieder ihrer Bündnisverpflichtung in angemessener Weise nachkommen würden.⁷ Wenn dieses Problem auch kaum in nächster Zukunft virulent werden dürfte, da ein konkretes Szenario eines isolierten Angriffes gegen einen NATO-Staat derzeit nicht zu erwarten ist, so ist dieser Punkt für die Frage der Kohärenz der Allianz dennoch von zentraler Bedeutung. Das gilt umso mehr, als etwa der NATO-Partner Türkei an Syrien, den Irak, den Iran und an die transkaukasischen GUS-Republiken grenzt und damit in Regionen hineinragt, die alle ein hohes Instabilitätspotential aufweisen (wobei die Türkei nicht selten selbst zu Instabilitäten beiträgt). Hinzu kommt, daß künftige Konfliktszenarien wahrscheinlich sind, die sich nicht eindeutig als Angriffe auf Bündnisterritorium definieren lassen, aber dennoch bereits im Vorfeld einer direkten Sicherheitsgefährdung ein entschlossenes gemeinsames Handeln erfordern. Damit stellt sich für die NATO gleich ein doppeltes Problem: Einerseits verfügt die Allianz über eine klare Regelung für den Bündnisfall, die meisten heute plausiblen Sicherheitsrisiken liegen aber jenseits dieser eindeutigen Artikel-5-Problematik. Zum anderen ist aber selbst die vermeintlich eindeutige Artikel-5-Verpflichtung mit Fragezeichen behaftet, da nicht sicher ist, ob alle Bündnispartner ihrer Beistandsverpflichtung gerecht werden, wenn sie keine unmittelbare Bedrohung für ihre vitalen Interessen erkennen.⁸

Die potentielle Brisanz dieser Probleme hat seit einiger Zeit eine Grundsatzdebatte über die Zukunft des Bündnisses ausgelöst. Bezeichnend dabei ist, daß Vorhersagen über das mögliche Ende der Allianz nicht aus dem Kreis derer stammen, die traditionell dem Bündnis kritisch gegenüberstehen. Stattdessen sind es erklärte Anhänger der transatlantischen Partnerschaft und

⁷ Zwar schreibt Artikel 5 des NATO-Vertrages ein militärisches Zuhilfenahme nicht zwingend vor, sondern überläßt es jedem Staat, die Form des Beistandes selbst wählen. Dennoch wurde bislang die Beistandsverpflichtung der NATO als militärische Sicherheitsgarantie interpretiert und durch das System der militärischen Integration als solche umgesetzt.

⁸ Das Problem Interessenidentität als Voraussetzung für gemeinsames sicherheitspolitisches Handeln gilt nicht allein für die NATO, sondern auch für den zu errichtenden sicherheitspolitischen Pfeiler im Rahmen der Europäischen Union. Zwar hat die EU gegenüber der NATO den grundlegenden Vorteil, auf dem Prinzip der fortschreitenden Integration bei stetigem Souveränitätsverzicht aufgebaut zu sein, allerdings hat dies dem "Versagen" im Balkankonflikt nicht entgegenwirken können. Offenbar kann sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit nur die Folge politischer und wirtschaftlicher Integration sein, nicht aber deren Voraussetzung. Sicherheitspolitische Bewertungsunterschiede lassen sich auch nicht mit Mehrheitsentscheidung überbrücken. Das gilt umso mehr, als zentrale Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Blick auf den Grad der eigenen Integrationsbereitschaft unterschiedliche Zielvorstellungen vertreten. Vgl. Werner Link, Europa - Integration und Kooperation, in: Die Politische Meinung, November 1995, S. 35.

mit den Interna des Bündnisses vertraute Beobachter, die auf die Gefahren für die Kohäsion der NATO hinweisen. So wird etwa angemerkt, daß mit Ende des Kalten Krieges eine wesentliche Geschäftsgrundlage für den transatlantischen Sicherheitsverbund weggefallen sei. Würde die NATO heute nicht existieren, so würden die Vereinigten Staaten derzeit kaum bestrebt sein, ein derartiges Bündnis mit fünfzehn weiteren Staaten zu schmieden.⁹ Das breite Spektrum der sicherheitspolitischen Herausforderungen, welches an die Stelle der globalen Bedrohung durch die Sowjetunion getreten ist, würde das Bündnis künftig eher spalten, denn einigen.¹⁰ Gelänge es nicht, die grundsätzliche strategische Diskrepanz zwischen den amerikanischen und den europäischen Sicherheitsinteressen durch einen neuen *Transatlantic Bargain* zu überwinden, so wäre das Ende der Allianz in seiner derzeitigen Form unabwendbar. Zwar müßte der Bedeutungsverlust der NATO nicht zwingend ihre formale Auflösung zur Folge haben, könnte die Allianz aber auf längere Sicht zu einem Organ ritueller Treffen der Mitglieder ohne großen sicherheitspolitischen Wert degradieren.¹¹

Die Rezepturen, die zur Behandlung der echten oder vermeintlichen Identitätskrise der NATO angeboten werden, sind vielfältig. Plädieren die einen für die rasche Aufnahme neuer Mitglieder in die Allianz, um so dem Bündnis eine einigende Mission zu verschaffen,¹² so fordern andere vehement einen Kurs der Selbstbeschränkung und der Aufgabenkonzentration. Einem Unternehmen gleich, das mit einem krassen Nachfragerückgang nach den Gütern "Sicherheit" und "Abschreckung" konfrontiert ist, müsse die NATO - statt nach neuen Märkten (Mitgliedern) oder Produkten (friedensschaffende und humanitäre Operationen) zu streben - sich künftig primär ursprünglichen Aufgaben der Bündnisverteidigung widmen. Dies sei mit geringer Streitkräftepräsenz und großen Rekonstitutionskapazitäten kostengünstig zu verwirklichen.¹³ Eine solche vermeintlich plausible Übertragung aus der Mikroökonomie auf die Sicherheitspolitik verkennt aber eine Reihe von Faktoren. Zunächst war die Rolle der NATO nie allein auf die Aufgabe der kollektiven Selbstverteidigung begrenzt. Sie hatte statt dessen auch immer eine Funktion als Transformationsinstrument im Ost-West Verhältnis - eine Aufgabe, die sich etwa in dem Harmel-Bericht oder in den langfristigen Zielen der Rüstungskontrolle am ehesten zeigte. Des weiteren haben sich die strategischen Rahmenbedingungen, unter denen die NATO fortzuentwickeln ist, grundsätzlich geändert. Sicherlich wird das Argument einer

⁹ Vgl. James A. Thomson, Zeit für ein neues transatlantisches Verhältnis, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.2.1996; ders., Einstein and NATO, Vortragsmanuskript, Rand-Corporation, Santa Monica 1995.

¹⁰ Vgl. Christoph Bertram, Europe in the Balance, Washington D.C. 1995, S. 18.

¹¹ Vgl. Ronald Asmus, Robert D. Blackwill, F. Stephen Larrabee, Can NATO Survive?, in: Washington Quarterly, Spring 1996, S. 79.

¹² Vgl. Christoph Bertram, NATO on Track for the 21st Century?, in: Security Dialogue, Nr. 1/1995, S. 65.

¹³ Vgl. exempl. Josef Joffe, Is There a Life After Victory?, in: The National Interest, Fall 1995, S. 19; ähnlich, wenn auch in abgeschwächter Form argumentiert John Hillen, Getting NATO Back to the Basics, The Heritage Foundation, Washington D.C. 1996.

russischen Residualbedrohung, der es entgegenzuwirken gelte, angesichts der latenten Instabilitäten innerhalb der GUS und dem Militärpotential Rußlands noch auf lange Zeit Gültigkeit behalten. Es kann aber nicht ein Hauptgrund für des Bestand der Allianz sein, da der unmittelbare Angriff gegen das Bündnis nicht mehr die plausibelste Bedrohung in der Zukunft darstellt. Mithin wäre eine NATO, die in ihren klassischen Funktionen gleichsam statisch verharret, eine Institution, welche auf eine vergleichsweise unwahrscheinliche Herausforderung vorbereitet wäre, sich dem breiten Spektrum der konkreten und wahrscheinlichen sicherheitspolitischen Probleme nicht widmen würde. Damit wäre eine breite Akzeptanz der Öffentlichkeiten in den NATO-Staaten kaum zu erhalten - ein Effekt der bereits angesichts des lange Zeit begrenzten Engagements der NATO in Bosnien zu beobachten war. Auch eine weitere Hauptaufgabe der NATO, die Anbindung der USA zu gewährleisten, wäre auf Dauer kaum zu sichern, da weder die amerikanische Öffentlichkeit, noch die politischen Eliten in den USA auf Dauer ein Bündnis unterstützen (und mitfinanzieren) würden, welches sich allein der Sicherheit des ohnehin kaum bedrohten Westeuropas und Nordamerikas widmet.

Andere wiederum sehen die Notwendigkeit der Therapie als überhaupt nicht gegeben, beruhten doch die Warnungen vor dem Ende der Allianz auf einer Fehldiagnose. Das von Kritikern beschworene Schwinden des Bündniszusammenhaltes sei durch nichts zu belegen. Stattdessen deute die Schlüsselrolle der NATO in Bosnien, der Drang der Osteuropäischen Staaten auf Vollmitgliedschaft oder der Dialog mit den Mittelmeeranrainern eher auf die Vitalität des Bündnisses hin und nicht auf seine langfristige Schwächung.¹⁴ Solche Einwände sind durchaus berechtigt, können aber die geradezu "historische" Erfahrung kaum entkräften, daß militärische Allianzen stets auf faktische oder vermeintliche externe Bedrohungen hin geschmiedet wurden. Daraus folgt im Umkehrschluß das geradezu eherne Diktat der Geschichte, daß Bündnisse zerfallen, sobald die externe Bedrohung schwindet.¹⁵ Dies gilt um so mehr, als die Mitgliedschaft in einer Allianz auch immer die Gefahr beinhaltet, in die Konflikte der Bündnispartner ungewollt hineingezogen zu werden.¹⁶ Auch kann der unbestreitbare Erfolg der NATO auf dem Balkan nicht darüber hinwegtäuschen, daß das amerikanische und europäische Engagement in diesem Regionalkonflikt erst nach langem Zögern und unter sehr spezifischen Rahmenbedingungen bzw. innenpolitischen Konstellationen zustande gekommen ist, welche die Übertragbarkeit dieser Erfahrungen auf andere Krisenregionen unwahrscheinlich machen. Mithin ist die Versicherung, es gäbe künftig keine Kohäsionsprobleme im Bündnis, nicht von grundsätzlich höherem Prognosewert als die gegenteilige Annahme.

¹⁴ Vgl. Michael Rühle, Nick Williams, "Friendly Fire": Die NATO und ihre Kritiker, in: Neue Zürcher Zeitung, 27./28.7.1996.

¹⁵ Vgl. Stephen M. Walt, *The Origins of Alliances*, Ithaca 1987.

¹⁶ Vgl. Glen H. Snyder, *The Security Dilemma in Alliance Politics*, in: *World Politics*, Juli 1984, S. 461.

3. Das Konzept der *Combined Joint Task Forces*

Ungeachtet der Debatte um die Zukunft der NATO hat die Atlantische Allianz den neuen strategischen und politischen Rahmenbedingungen in Europa schon sehr frühzeitig zumindest zunächst auf deklaratorischer Ebene Rechnung getragen. Bereits in dem auf dem NATO-Gipfel in Rom im Jahr 1991 verabschiedeten Neuen Strategischen Konzept wurde die Basis für Flexibilität und für neue Formen der Multinationalität gelegt, welche für das veränderte Aufgabenspektrum in Europa insbesondere mit Blick auf die Erfordernisse der Konfliktprävention und des Krisenmanagements notwendig sind. In der Folgezeit wurden weitere Aufgaben für die NATO - neben der klassischen Landesverteidigung - definiert. Hier ist zum einen die Notwendigkeit des Stabilitätsexports in die Region östlich der bestehenden Bündnisgrenzen bzw. die Einbindung der osteuropäischen Staaten in transatlantische Sicherheitsstrukturen zu nennen. Zum anderen hat sich die NATO als Organisation den Wunsch ihrer europäischen Mitgliedsstaaten nach einer europäischen Sicherheitsidentität zu eigen gemacht und unterstützt die Schaffung eines europäischen Pfeilers innerhalb der Atlantischen Allianz.

Die Umsetzung jeder dieser Zielsetzungen erfordert eine grundlegende Modifikation der eingefahrenen, allein auf Bündnisverteidigung ausgerichteten militärischen Strukturen der NATO - ein Vorhaben, welches seit einiger Zeit unter dem Stichwort "NATO-Strukturreform" diskutiert wird. Ziel dieser Reform ist die Schaffung hinreichend flexibler Kommandostrukturen, um die vorhandenen Streitkräfte in unterschiedlicher Zusammensetzung und in unterschiedlichen Einsatzformen effizient führen zu können. Ein wesentlicher Schritt hin zu diesem Ziel ist das Konzept der *Combined Joint Task Forces* (CJTF) welches seit geraumer Zeit Gegenstand einer intensiven NATO-Strukturdebatte ist.

Der Terminus *Combined Joint Task Force* setzt sich aus mehreren klar definierten Begriffen der amerikanischen Militärdoktrin zusammen. Eine *Task Force* bezeichnet einen militärischen Verband, der mitsamt seiner Ausrüstung für eine bestimmte Mission zusammengestellt wurde, und nach dem Ende der Operation wieder in die ursprünglichen Strukturen eingegliedert wird. *Joint* bezeichnet den Umstand, daß mehrere Teilstreitkräfte zu der *Task Force* gehören, während *Combined* darauf verweist, daß sich der Verband aus Streitkräften mehrerer Länder zusammensetzt. Bekanntes Beispiel für eine sehr große CJTF waren die Streitkräfte der Anti-Irak-Koalition im Zweiten Golfkrieg. Im Unterschied zu diesem ad hoc-Zusammenschluß von

Staaten ist das multinationale Task-Force Konzept innerhalb der NATO konzeptionell verankert worden, um primär drei Ziele zu erreichen:

Fehler! Textmarke nicht definiert. militärische Operationen mit unterschiedlicher Beteiligung der NATO-Partner jenseits der Artikel-5-Verpflichtungen und außerhalb des NATO-Bündnisgebietes durchführen zu können;

Fehler! Textmarke nicht definiert. Streitkräfte der Allianzpartner sowohl unter dem Kommando der NATO als auch unter der Führung der WEU einsetzen zu können (gemäß der *Maxime separable but not separate*) um so den sich heranbildenden europäischen Pfeiler in der Sicherheitspolitik militärisch zu unterfüttern;

Fehler! Textmarke nicht definiert. nicht-Mitgliedern der NATO und hier insbesondere den Teilnehmern des Programms Partnership for Peace (PfP) zu ermöglichen, sich aktiv an militärischen Maßnahmen der NATO zum Krisenmanagement und Konfliktbewältigung zu beteiligen.

Vordringlicher Schritt für eine derart flexible Streitkräftestruktur ist die Schaffung entsprechender militärischer Führungsstäbe. Folgerichtig widmeten sich die ersten politischen und militärischen Überlegungen innerhalb der NATO den zukünftigen CJTF-Hauptquartieren als mobile und teilstreitkraftübergreifende Befehlszentren.¹⁷ Aus dem Erfordernis heraus, Duplizierungen von bereits existierenden Kommandosträngen zu vermeiden, um so die finanziellen Belastungen gering zu halten und aufgrund der Notwendigkeit, den transatlantischen Charakter der NATO zu wahren ergab, sich geradezu zwingend, CJTF-Führungskomponenten innerhalb der integrierten NATO-Militärstruktur zu organisieren oder zumindest eng an diese anzulehnen. Man einigte sich darauf "Kerne" (Nuclei) künftiger CJTF-Hauptquartiere zu schaffen, indem in ausgewählten NATO Kommandostellen Offiziere doppelt assigniert (*double-hatted*) werden, nämlich einmal in ihrer bisherigen Funktion und darüber hinaus als Führungsoffizier einer künftigen CJTF-Kommandozentrale. So geschaffene Nuclei können dann im Bedarfsfall personell und materiell aufgefüllt und mit den entsprechenden Streitkräften der Bündnispartner gemäß der Größe der Militäroperation verbunden werden. Angestrebt wird darüber hinaus ein Modulcharakter auf allen Ebenen um sowohl einzelne Führungskomponenten als auch verschiedene Streitkräfteteile problemlos je nach den konkreten Erfordernissen

¹⁷ Vgl. Roger H. Palin, *Multinational Military Forces, Problems and Prospects*, Adelphi Paper, IISS, London 1995, S. 65.

kombinieren zu können.¹⁸ Dabei darf allerdings die Effizienz der NATO zur Erfüllung ihrer ureigensten Aufgabe der militärischen Landes- und Bündnisverteidigung nicht geschmälert werden.

Damit ist für einzelne NATO-Staaten die Möglichkeit des militärischen *Opting Out* gegeben, das heißt keine Kampftruppen in den CJTF-Verband zu entsenden - etwa wenn die der Militäraktion zugrunde liegende Krise die Interessen des betreffenden Staates nicht berührt. Dennoch wird das Konsensprinzip innerhalb der NATO gewahrt, da nach wie vor Einstimmigkeit im Kreis der Allianzpartner erforderlich ist, um eine CJTF zu aktivieren.

Die Debatte um CJTF

Das Konzept der *Combined Joint Task Forces* wurde von den Vereinigten Staaten in die NATO-Beratungen eingebracht und auf dem Treffen des Defense Planning Committee (DPC) im Oktober 1993 in Travemünde erstmals offiziell erörtert. Obgleich die USA ihren CJTF-Vorschlag gerade mit Blick auf den französischen Wunsch nach einer eigenständigen militärischen Handlungsfähigkeit der europäischen Bündnispartner entwickelt hatten, äußerte Frankreich frühzeitig Bedenken gegen dieses Konzept, da man unter anderem eine zu große Abhängigkeit von kritischen amerikanischen Komponenten (Aufklärungs- und Transportmittel) befürchtete. Auch Großbritannien hatte anfangs Probleme mit dem amerikanischen Vorschlag, sah man darin doch eine Möglichkeit für die USA, sich aus der Verantwortung für das Bündnis schrittweise zu lösen. Somit würde dieses Modell den Zusammenhalt der Allianz weniger fördern, sondern eher Spaltungstendenzen Vorschub leisten.

Trotz dieser Vorbehalte wurde der amerikanische CJTF-Vorschlag auf dem NATO-Gipfeltreffen im Januar 1994 in Brüssel von den Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsländer angenommen. In der Folgezeit entzündete sich die Kritik europäischer NATO-Partner vordringlich an dem Umstand, daß die USA zwar ihren Aufwand für das Bündnis verringern indem sie militärische Operation befürworten, die allein von den Europäern durchgeführt werden, gleichzeitig aber auf ihren Führungsanspruch innerhalb der NATO nicht verzichten wollen.¹⁹ Mehr noch: aufgrund der Tatsache, daß die USA allein über unabdingbare militärische *Assets* verfügen (die bereits erwähnten Aufklärungs- und Lufttransportkapazitäten) und diese den

¹⁸ Vgl. Charles Barry, NATO's Combined Joint Task Forces in Theory and Practice, in: Survival, Spring 1996, S. 81.

¹⁹ Vgl. Klaus Dieter Schwarz, Amerikanische Weltmacht im Wandel, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1995, S. 97.

Europäern im Bedarfsfall überlassen, haben die Vereinigten Staaten ein de facto Veto über unilaterale Militäraktionen ihrer europäischen Verbündeten. Gerade Frankreich drängte darauf, die Entscheidungsprozesse für den CJTF-Einsatz so zu gestalten, daß auch der WEU eine autonome Handlungsoption zuwächst. Damit sollte den USA eine alleinige Führungsfunktion aberkannt werden, denn auch "Frankreich will Weltmacht sein"²⁰.

Kernpunkte der allianzinternen Auseinandersetzung waren einmal die Rolle der beiden *NATO Major Commander*, der NATO Oberbefehlshaber Europa (Supreme Allied Commander Europe = SACEUR) und der Oberbefehlshaber Atlantik (Supreme Allied Commander Atlantic = SACLANT), welche beide traditionell von den Vereinigten Staaten gestellt werden. Ihre Rolle wird insbesondere dann kritisch, wenn es sich um eine CJTF-Operation handelt, welche von der WEU geführt wird und somit ohne direkte Beteiligung der USA stattfindet, sehr wohl aber auf amerikanische logistische Unterstützung zurückgreift. Die Vereinigten Staaten bestehen grundsätzlich - nicht allein im Rahmen der CJTF, sondern etwa auch bei Missionen der Vereinten Nationen - auf einen amerikanischen Kommandeur, sobald amerikanische Streitkräftekomponenten involviert sind. Aus der Sicht Frankreichs und in den Augen von WEU-Vertretern wäre dies eine Einschränkung des Handlungsspielraums der WEU, welches dem Ziel einer eigenständigen militärische Aktionsfähigkeit Europas widerspricht.

Ein zweiter zentraler Streitpunkt war die Frage, ob ein CJTF-Hauptquartier nicht auch aus einer nationalen Kommandobehörde heraus erwachsen kann, statt allein aus den gegebenen NATO-Strukturen. Gerade im Fall einer von der WEU geführten CJTF wäre es aus französischer Perspektive sinnvoll, das Land, welches das überwiegende Streitkräftekontingent stellt, mit der Bildung des Hauptquartiers zu betrauen. Dagegen führen die USA unter anderem ins Feld, daß auch eine nicht-Artikel-5-Mission plötzlich in eine Artikel-5-Situation umschlagen kann, welche die Solidarität aller NATO-Staaten erfordert - etwa wenn Streitkräfte der Mitgliedsstaaten oder gar NATO-Territorium angegriffen würden. In einem solchen Fall müßten die eingespielten NATO-Strukturen und Verfahren unverzüglich greifen können.²¹

Auf der NATO-Ministerratstagung in Berlin 1996 wurde das Problem zumindest auf politischer Ebene gelöst, da ein Kompromiß hinsichtlich der gegensätzlichen Positionen Frankreichs und der USA gefunden werden konnte. So haben die USA grundsätzlich akzeptiert, daß die europäischen Bündnispartner auch im Fall einer militärischen Operation unter WEU-Kommando auf amerikanisches Großgerät zurückgreifen können. Im Gegenzug stimmte Frankreich der Regelung

²⁰ So der damalige Premierminister Edouard Balladur in einer Fernsehansprache, abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.6.1994.

²¹ Vgl. Robert P. Grant, France's New Relationship with NATO, in: Survival, Spring 1996, S. 68.

zu, daß eine solche Operation der einstimmigen Autorisierung durch den NATO-Rat bedarf, wodurch den Vereinigten Staaten de facto eine Veto-Position zukommt. Die militärische Umsetzung dieser Grundsatzentscheidung soll in den kommenden Monaten erfolgen, so daß bis zum Jahresende ein neues militärische Führungsinstrumentarium vorhanden sein soll.

4. Probleme und Perspektiven

Mit der konkreten Umsetzung des CJTF-Konzeptes hätte die NATO einen entscheidenden Schritt hin zur Flexibilisierung ihrer Reaktionsmöglichkeiten und zur Bewältigung der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen jenseits der klassischen Aufgabe der militärischen Selbstverteidigung gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages getan. Allerdings birgt der anstehende allianzinterne Abstimmungsprozeß über die Realisierung der Rahmenbeschlüsse von Berlin noch möglichen Konfliktstoff in dreierlei Hinsicht:

- mit Blick auf die unterschiedlichen konzeptionellen Vorstellungen im Bündnis zur Tragweite und Zielrichtung von CJTF,
- hinsichtlich der militärisch-strukturellen Umsetzung der Berlin-Beschlüsse
- und in Bezug die langfristigen Implikationen des CJTF-Konzeptes.

Konzeptionelle Unterschiede

Gerade auf Seiten der europäischen NATO-Partner sprach mancher in Berlin euphorisch von der "Europäisierung" der Atlantischen Allianz, als hätte die Westeuropäische Union bzw. die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU eine neue Qualität eigenständiger Handlungsfähigkeit erlangt. Der französische Außenminister de Charette definierte auf der NATO-Tagung die Europäisierung der NATO als das Ziel der NATO-Strukturreform, während im internationalen Stab der NATO darauf verwiesen wird, daß es primär um die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Bündnisses in einem veränderten internationalen Umfeld gehe - die "europäische Identität", so sie sich den einstelle, sei nur ein wichtiges Nebenprodukt. Mit Blick auf die konkreten Möglichkeiten eines selbständigen militärischen Handelns der Europäer ist aber vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen. Zunächst erzeugt das bloße Vorhandensein von CJTF-Strukturen, die von der WEU genutzt werden können, nicht automatisch den erforderlichen

politischen Willen, auf diese im Krisenfall auch zurückzugreifen. So war das durch 137 gebrochene Waffenstillstände dokumentierte nicht-Handeln der westlichen Staatengemeinschaft im ehemaligen Jugoslawien nicht eine Folge fehlender Strukturen, sondern eine Konsequenz des mangelnden politischen Konsenses über Art und Ausmaß eines militärischen Engagements zur Krisenbewältigung. Angesichts der Tatsache, daß es letztlich die Vereinigten Staaten waren, die mit ihrem politischen Gewicht den Friedensprozeß von Dayton und dessen militärische Umsetzung in Gestalt der *Implementation Force* (IFOR) erst ermöglichen, ist es derzeit nur schwer vorstellbar, daß sich die Europäer in einer vergleichbaren Krise derzeit auf ein gemeinsames militärisches Handeln ohne die USA einigen könnten. Mithin ist die in CJTF angelegte Option einer WEU-geführten Aktion unter Rückgriff auf *NATO-Assets* zumindest momentan ein eher theoretisches Modell.

Aber selbst wenn die WEU mit einer derartigen Mission betraut würde, sieht das beschlossene Verfahren eine faktische Kontrolle durch die USA vor. Eine militärische Aktion der WEU unter Nutzung des NATO-Militärpotentials (bzw. unverzichtbarer nationaler amerikanischer Komponenten) erfordert nicht nur die Zustimmung der USA auf dem Wege des einstimmigen NATO-Ratsbeschlusses. Darüber hinaus wird der Rat sich ständig über die Verwendung dieser Mittel "durch Beobachtung unter fachlicher Beratung durch die Militärbehörden der NATO" unterrichten lassen und er wird "ihre Verwendung ständig prüfen"²². Damit ist ein autonomes Handeln der Europäer de facto unter die ständige Aufsicht der NATO und damit der USA gestellt. Das bedeutet nun nicht unbedingt eine Niederlage in dem Streben der Europäischen Union nach einer größeren sicherheitspolitischen Identität, da die Möglichkeit des sicherheitspolitischen Handelns im europäischen Rahmen sehr wohl gegeben ist. Allerdings entspricht der Vorrang der NATO nicht nur den sicherheitspolitischen Realitäten, sondern trägt auch der gerade immer wieder von deutscher Seite betonten Notwendigkeit Rechnung, die europäische Sicherheit in den transatlantischen Rahmen einzubetten.

Eine wirkliche militärische Eigenständigkeit Europas bei Operationen außerhalb Europas würde nicht zuletzt die entsprechenden militärischen Kapazitäten erfordern. Hier liegen aber Vorstellungen, das amerikanische Monopol bei dem für derartige Missionen erforderlichen militärischen Großgerät zu brechen, noch in weiter Ferne. Die hierfür erforderlichen Finanzmittel stehen in krassem Gegensatz zu den derzeit europaweit gegebenen Kürzungen in den Verteidigungshaushalten. Schätzungen gehen davon aus, daß die Schaffung von amerikanischer Unterstützung unabhängiger Transport-, Aufklärungs- und Kommunikationskapazitäten eine

²² Vgl. das Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates am 3. 6. 1996 in Berlin, (FN 1), Punkt 7.

Summe von rund 100 Milliarden US Dollar *pro Jahr* erforderlich machen würde - ein Betrag, der mit Blick auf die tatsächlichen Rüstungsausgaben geradezu prohibitiv erscheint.²³

Die militärische Umsetzung

Potentieller Anlaß für heftige Auseinandersetzungen liefern aber nicht nur die grundsätzlichen Fragen der künftigen Ausgestaltung des CJTF-Konzeptes. Auch und gerade der konkrete Aufbau der erforderlichen Hauptquartiere und die hierfür erforderlichen Umorganisationen innerhalb der Allianz birgt Diskussionsstoff. Die Fragen, welche Nationen CJTF-Führungseinrichtungen beherbergen sollen und welche Länder die entsprechenden Kommandoposten besetzen werden, dürften sehr heftig unter dem Aspekt der nationalen Einflußwahrung debattiert werden. Dies gilt für die unteren Führungsebenen ebenso wie für die NATO-Spitzenpositionen des Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) und Supreme Allied Commander Atlantic (SACLANT) bzw. deren Stellvertreter. Auch hier unterscheidet sich die französische Position von der überwiegenden Mehrheit der übrigen NATO-Partner. Während Frankreich nach wie vor darauf besteht, daß europäische Strukturen *permanent* und *sichtbar* sein müßten, verweisen die übrigen NATO-Staaten darauf, daß es in der Logik des CJTF-Ansatzes liegt, *temporäre* Strukturen zu haben, die zum größten Teil nur bei Übungen oder im realen Einsatz sichtbar sein werden. Verschärft wird die Situation dadurch, daß eine grundlegende Straffung der noch an den Erfordernissen des Kalten Krieges orientierten NATO-Kommandostrukturen und der Wegfall ganzer Führungsebenen ohnehin zur Debatte steht. Folglich geht es nicht nur um die Verteilung neuer Kommandoposten sondern auch um die Abgabe bestehender Positionen.²⁴

Langfristige Implikationen

Ungeachtet der zu erwartenden allianzinternen Auseinandersetzungen um die Realisierung der CJTF-Konzeption stellt diese Reform der Kommandostrukturen einen der wichtigsten Schritte auf Weg der Anpassung der Allianz an die neuen sicherheitspolitischen Erfordernisse dar. Die NATO wird damit in die Lage versetzt auf neue Krisenformen zu reagieren, in denen nicht mehr alle Allianzpartner von den gleichen Konfliktherden in gleicher Weise bedroht sind. Der geographische Handlungsrahmen für entsprechende Maßnahmen der NATO zur

²³ Vgl. Defence of Europe: It Can't Be Done Alone, in: The Economist, 25.2.1995.

²⁴ Vgl. Karl Feldmeyer, Bei der Suche nach einer neuen Struktur des NATO-Bündnisses geht es vor allem um Einfluß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.8.1996.

Konfliktbewältigung liegt nach derzeitigem Allianzverständnis an der Peripherie des Bündnisgebietes - also außerhalb der in Artikel 6 des NATO-Vertrages definierten Region aber sehr wohl auch innerhalb Europas. Dieses Verständnis findet auch im Kommuniqué von Berlin seinen Niederschlag, in dem für die NATO die Fähigkeit gefordert wird *neue Aufgaben der Krisenbewältigung* (Punkt 4) in Gestalt von *Nicht-Artikel-5-Operationen* (Punkt 7) auszuführen um dem Ziel der Sicherheit im gesamten *euro-atlantischen Raum* (Punkt 4) zu dienen. Faktisch resultiert die Eingrenzung auf die der NATO angrenzenden Regionen in Europa aus drei wesentlichen Faktoren:

- der Konfliktrichtigkeit etwa der ost- und insbesondere der südosteuropäischen Peripherie (Balkan),
- den Möglichkeiten der politischen Konsensfindung (für eine grundsätzlich denkbare NATO-Operation etwa in der Golfregion dürfte sich derzeit kaum die Zustimmung der Bündnispartner finden lassen)
- und den realen militärischen Möglichkeiten der NATO, der - abgesehen von den amerikanischen Potentialen - die Fähigkeiten zu geographisch weiterreichenden Militäroperationen nach wie vor fehlen.

Im CJTF-Konzept ist eine solche geographische Begrenzung aber gerade nicht angelegt - stattdessen soll mit dieser Evolution der bisherige Nachteil einer allein auf den Ost-West-Konflikt in Europa ausgelegten NATO-Befehlsstruktur überwunden werden. Statt der in der Vergangenheit allein auf den möglichen Kriegsschauplatz *Central Front* optimierten Kommandostruktur, sollen Hauptquartiere und Kräfte gebildet werden, die *leichter verlegbar* sind und *über längere Zeit hinweg im Einsatz gehalten werden können* (Punkt 7, NATO-Kommuniqué). Mithin ist im CJTF grundsätzlich der Kern und eine der notwendigen Voraussetzung für eine weiterreichende Interventionsfähigkeit der Allianz gegeben - auch über die peripheren Regionen hinaus.

Ein derart erweitertes Verständnis von den Aufgaben und Möglichkeiten der Allianz würde zumindest im Ansatz den Forderungen entsprechen, die seit langer Zeit von Stimmen in den USA an die NATO erhoben werden: das Westliche Bündnis müsse sich im Rahmen der transatlantischen Lastenteilung auch an Operationen außerhalb des Vertragsgebietes beteiligen. In jüngster Zeit haben derartige Vorschläge wieder Auftrieb bekommen. Anfangs nur von einzelnen

ausgesprochen,²⁵ hat die Idee einer *Global Partnership* zwischen Europa und den USA, in deren Rahmen die NATO zu militärischem Eingreifen etwa in der Golfregion oder noch weiter entfernt liegenden Regionen befähigt wäre, ein immer breiteres Echo in der amerikanischen *Strategic Community* gefunden.²⁶ Eine solche *Globalisierung* der NATO sei sogar die Voraussetzung für ein fortgesetztes Interesse der USA an Europa und damit für die weitere Stabilität der transatlantischen Beziehungen.

Dabei lassen sich durchaus auch aus europäischer Sicht sicherheitspolitische Argumente auflisten, die für eine geographische Erweiterung des Handlungsrahmens der NATO sprechen. Gerade angesichts der zunehmenden Entwicklung und Verbreitung militärischer Trägertechnologie (Raketen, Marschflugkörper) erlangen immer mehr Staaten die Möglichkeit globaler Machtprojektion. Folglich wird die *Regionalisierung* militärischer Konflikte immer weniger möglich sein mit der Folge, daß auch Europa zunehmend in den Wirkungskreis militärischer Bedrohungen aus geographisch weit entfernt liegenden Regionen gelangen kann. Für den Bereich der nuklearen Bedrohungen gilt dies in besonderer Weise, da die Anzahl der Staaten, welche in Zukunft über Kernwaffen verfügen, kontinuierlich steigen wird - zum einen aufgrund deren zunehmenden Fähigkeit zu waffentechnischen Eigenentwicklungen, zum anderen aufgrund des nach wie vor gegebenen Ausfluß von nukleartechnischen Material und *Know how* aus der ehemaligen Sowjetunion. Damit wird die Bedrohung durch Kernwaffen und weitreichende Trägersysteme in Zukunft zu einer zentralen sicherheitspolitischen Herausforderung.

Allerdings stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der politischen Konsensfähigkeit einer derartigen Erweiterung des Handlungsrahmens der NATO. Angesichts der regelmäßigen allianzinternen Dispute um Angelegenheiten von weit geringerer Tragweite, würde ein Konsens der NATO für eine militärische Intervention in einem zwischenstaatlichen Konflikt - etwa um vitale wirtschaftliche Interesse zu sichern (Ölversorgung) - einen Einigungsprozeß ganz neuer Qualität erfordern. Noch unwahrscheinlicher erscheint ein präventives Ausschalten einer potentiellen nuklearen Bedrohung durch die NATO, ähnlich wie die Bombardierung des irakischen OSIRAK-Kernreaktors durch die israelische Luftwaffe Anfang der achtziger Jahre. Derzeit dürften derartige Herausforderungen - wenn überhaupt - von einzelnen NATO-Staaten national (USA) oder von ad-hoc Koalitionen außerhalb des NATO-Rahmens, vergleichbar mit der Anti-Irak-Koalition im Zweiten Golfkrieg, angegangen werden.

²⁵ Vgl. Ronald D. Asmus, An Outward-Looking NATO or No NATO at All, in International Herald Tribune, 13.4.1994

²⁶ Vgl. Center for Science and International Affairs, Rand Corporation, Nixon-Center, The Commission on America's National Interest, America's National Interest, Cambridge, MA, Juli 1996.

Dem läßt sich allerdings entgegenhalten, daß es sich bei der Ausweitung des Handlungsrahmens der NATO um einen langfristigen Vorgang handelt, der einen langen Diskussions- und Umdenkungsprozeß innerhalb des Bündnisses erfordert. Auch hängt die Möglichkeit der politischen Konsensfindung innerhalb der Allianz nicht allein von ihrer derzeitigen Befindlichkeit, sondern auch von der Dringlichkeit und der Tragweite der jeweiligen Sicherheitsprobleme ab. Die Einigung auf ein militärisches Vorgehen in Bosnien war nicht zuletzt auch deshalb so langwierig, weil eine große Zahl der NATO-Staaten nicht oder nur mittelbar von den Auswirkungen des Krieges auf dem Balkan betroffen waren. Eine nukleare Bedrohung durch einen extremistischen Staat, der in den Besitz von Kernwaffen und entsprechenden Trägersystemen zu gelangen droht, würde die NATO einem völlig anderen Problem- und Entscheidungsdruck aussetzen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß auch in NATO-Ländern, die militärischen Optionen in der Vergangenheit traditionell skeptisch gegenüberstanden, ein Umdenkungsprozess hinsichtlich der Bekämpfung globaler sicherheitspolitischer Gefahren andeutet. So brachte in der Bundesrepublik Deutschland eine aktuelle Eliten-Befragung zur Außen- und Sicherheitspolitik hohe Zustimmungswerte bei der Frage einer deutschen Beteiligung an Kampfeinsätzen außerhalb des eigenen Territoriums (67%) . Immerhin 45% der Befragten würde eine deutsche Beteiligung an einem vorbeugenden Militärschlag gegen Libyen unterstützen, wenn dadurch die Verbreitung von Kernwaffen verhindert werden könnte.²⁷

Entscheidend ist, daß mit der schrittweisen Entwicklung hin zu flexiblen Kommandostrukturen ein Weg beschritten wurde, welcher das Optionenenspektrum der NATO wesentlich erweitern kann . Damit wird zunächst die Möglichkeit geschaffen, auf sicherheitspolitische Herausforderungen an der Peripherie des NATO-Gebietes militärisch zu reagieren sofern der politische Konsens für ein derartiges Vorgehen gegeben ist. Langfristig beinhaltet er aber auch die Möglichkeit des effektiven militärischen Handelns, wenn die Bedrohungen deutlich jenseits der peripheren Regionen des Bündnisses liegen. Eine solche grundsätzliche Ausweitung des Handlungsrahmens der NATO ist keinesfalls eine Kompensation für die geschwundene sowjetische Bedrohung (wie von Kritikern häufig unterstellt) und auch kein Allheilmittel für die Wahrung des Bündniszusammenhalts - sondern ein schrittweises Anpassen an neue Realitäten.

²⁷ Vgl. Infratest Burke, Das Meinungsbild der Eliten in Deutschland zur Außen- und Sicherheitspolitik, Studie im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kooperation mit der RAND-Corporation, Berlin 1996, S. 8.

Der Autor

Karl-Heinz Kamp, Dr. rer. pol., geb. 1957, Leiter der Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik im Bereich Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung; zahlreiche Veröffentlichungen zu sicherheitspolitischen Themen, insbesondere zu NATO- und Nuklearfragen.